

Rico Gebhardt

Rede auf dem Stadtparteitag in Leipzig am 19. Oktober 2013

Liebe Genossinnen und Genossen,

herzlichen Dank für die Einladung zu Eurem Stadtparteitag hier in Leipzig.

Wir schreiben heute den 19. Oktober 2013 und sicher muss ich als Erzgebirgler Euch LeipzigerInnen nicht an das derzeitige Jubiläum, nämlich den 200.ten Jahrestage der Völkerschlacht erinnern.

Sicher ebenso wenig, wie an das ohne die Völkerschlacht kaum denkbare Ereignis, welches sich letzten Monat zum 199. Male jährte – nämlich der Beginn des Wiener Kongresses.

Der Wiener Kongress – ohne jetzt zu tief in eine historische Erörterung einzudringen – wird gemeinhin mit dem Begriff der Restauration, der Wiederherstellung der alten Verhältnisse, der Zurückwendung zu den Zuständen vor Napoleon Bonaparte verbunden. Und auch wenn im Artikel 118 der Wiener Kongressakte die Ächtung der Sklaverei festgelegt wurde – der Wunsch und das Bestreben, Verhältnisse wie vor der Französischen Revolution wiederzuerlangen, prägte den Wiener Kongress und seine Ergebnisse entscheidend.

Es ist aber noch ein anderer Aspekt interessant, auf den ich hinweisen möchte. Denn auch wenn es auf diesen Beratungen ein sogenanntes „Deutsches Komitee“ gab, welches zu den komplexen deutschen Angelegenheiten tagte, gab es keinen Teilnehmer auf dieser Konferenz namens „Deutschland“. Klar, es gab Preußen, Hannover, Bayern, Württemberg usw. – aber eben kein Deutschland. Und wer sich die damalige europäische Landkarte anschaut, der findet im Bereich des heutigen Italien und der heutigen BRD ein paar Länder mehr. Jedoch über zwanzig andere Staaten, die es heute gibt, sind auf keiner der damaligen Karte zu sehen. Denn selbstverständlich ging die Geschichte Europas auch nach den Beschlüssen des Wiener Kongresses weiter, vor allem ging sie blutig weiter.

Denn auch wenn Zeitgenossen sich weder vorstellen wollten noch konnten, dass das entsetzliche Elend der Völkerschlacht noch übertroffen werden konnte – so wissen wir heutigen, dass dies leider so ist.

Die Entfaltung der Nationalstaaten nicht nur in Europa, sondern weltweit war und ist begleitet von den grausamsten und blutigsten Taten, zu denen die Menschheit bisher fähig war. So widersprüchlich die Konstruktion der jeweiligen Nationen auch immer sein mag – so sehr vermochten diese Konstruktionen massenhaft Menschen in grausame Sackgassen zu verleiten.

Wer heute also über Europa spricht, tut dies vor einer Geschichte mit aber Millionen Getöteten. Und diese Geschichte ist und bleibt unsere Verantwortung, die wir tagespolitischen Erwägungen nicht und niemals opfern dürfen!

Und es gibt ausreichend Grund für diese Warnung. Ich erwähne nur die Entwicklungen in Ungarn, die Ergebnisse der FPÖ und anderer nationalistischer Irrlichter in Österreich aber auch an Le Pen in Frankreich möchte ich erinnern.

Aber, auch vor unserer eigenen Haustür hier in Deutschland, hier in Sachsen ist zu kehren – damit meine ich nicht nur die NPD, sondern eben auch die Alternative für Deutschland, kurz AfD.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in wenigen Monaten werden die Wahlen zum Europaparlament stattfinden. Und gerade hier in Sachsen werden wir uns mit Parteien auseinandersetzen, die entweder offen wie die NPD oder, wie zumindest bisher, unter ökonomistischen Deckmantel wie die AfD die nationalistische Karte spielen werden.

Das Maß an Menschenverachtung, mit dem wir dabei rechnen müssen, wird dabei oft genug das erträgliche übersteigen.

Denn wo wir gestern und heute und morgen die Fernsehbilder von im Mittelmeer ertrunkenen Menschen sehen müssen wir immer daran erinnern, dass dies nicht trotz, sondern auf Grund europäischer Gesetzgebung der Fall ist.

Die Mauern der Festung Europa heißen Frontex und Eurosur.

Diese Mauern haben dasselbe Fundament, wie der Nationalismus der Gegenwart in Deutschland – es ist der Wohlstands-Chauvinismus, der auch den Brandrednern der „Das Boot ist voll!“-Denkungsart zu Grunde liegt.

Die Konstrukteure der Festung Europa und die brandstiftenden Biedermänner der neu- und altrechten Parteien – sind vielleicht nicht in ihrem eigenen Verständnis, aber doch in dem was sie tun auf ein und derselben Seite!

Für uns LINKE ist das keine ganz einfache Situation. Denn wir müssen erkennen, dass gesellschaftliche Mehrheiten für unser Menschen- und Gesellschaftsbild eben nicht ohne weiteres existieren.

Sicher, wenn wir bei Bundestagswahlen für ordentliche Löhne und Renten usw. kämpfen, dann stimmen unseren Vorschlägen viel mehr Menschen zu, als uns dann am Ende wählen. Auch für unsere Vorschläge zum Thema sozialer Gerechtigkeit, zum Beispiel höhere Steuern für Reiche, Umverteilung von oben nach unten usw. finden wir viel Zustimmung.

Und ja, wir sind auch eine Partei, die die Institutionen und die Politik der Europäischen Union außerordentlich kritisch sieht, denn diese Europäische Union ist eine EU der großen Konzerne, der Reichen und der Mächtigen, es ist ein Europa der Freiheit für das Kapital, aber nicht der Freiheit der Menschen.

Es ist eine EU, deren Mitgliedsstaaten zum Beispiel die Küsten Afrikas leerfischen und die Westafrikanischen Fischer in Hunger und Armut, die somalischen in die Piraterie treiben.

Es ist eine EU, deren hochsubventionierte Landwirtschaft, die afrikanischen Bauern in Grund und Boden konkurriert.

Es ist eine EU, die die Fluchtursachen für hunderttausende Menschen selbst erzeugt, die dann an unseren Außengrenzen elendig sterben oder, wenn sie es doch hinein schaffen, in die Illegalität gezwungen werden, von Abschiebung bedroht sind und keine Chance haben, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten zu entfalten.

Schon allein das hier nur kurz angedeutete reicht ja aus, um eben kein Fan der EU zu sein, genauer: kein Fan der Politik der EU. Denn eines muss klar sein und bleiben: Die Rückkehr zur nur nationalstaatlich geprägten Politik und Gesellschaft ist keine linke Alternative!

Es sei mir erlaubt, zu erinnern, was vor anderthalb Jahrhunderten im Kommunistischen

Manifest nicht nur als Losung aufgeschrieben wurde: Die Arbeiter haben kein Vaterland!

Viel spannender und auch heute noch wegweisend ist jedoch, was Marx und Engels in diesem Zusammenhang sinngemäß weiter formulieren:

„Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. ... In dem Maße, wie die Ausbeutung des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Ausbeutung einer Nation durch die andere aufgehoben. Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.“

(soweit Marx und Engels)

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn wir in den kommenden Wochen und Monaten gemeinsam darüber diskutieren, welche europapolitischen Positionen wir einnehmen, dann lasst es uns den rechten Hetzern nicht zu leicht machen.

Und lasst auch uns auch nicht den nur vermeintlich leichten Weg gehen.

Eine nationalistische Ideologie kann für eine Linke niemals richtig sein.

Liebe Genossinnen und Genossen,

„Die Arbeiter haben kein Vaterland.“ Ein solcher Satz, wie er einfach und klar von Marx formuliert werden konnte, wäre natürlich heute in dieser Form in unserem Parteiprogramm nicht auffindbar.

Zuerst wäre er natürlich – wie das so schön heißt und wie das auch richtig ist – gegendert.

Es hieße also: Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben kein Mutter- und Vaterland.

Soweit, so nachvollziehbar. Aber es würden da natürlich noch ein paar mehr Aspekte ergänzt werden. Zum Beispiel die Angestellten und die Erwerbslosen, die Studierenden ... usw. Also stehen in unserem Parteiprogramm Sätze, die ganz anders klingen, zum Beispiel:

„Wir wollen eine Europäische Union, in der Frauen und Männer wirklich gleichberechtigt sind und die Diskriminierung von Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität ausgeschlossen ist.“

Das ist natürlich richtig so, etwas anderes würde in unserer Partei nicht ansatzweise eine Mehrheit finden. Dennoch müssen wir aber etwas Weiteres leisten, nämlich eine Sprache sprechen, die eine Mehrheit der Menschen auch versteht. Und dies ist umso schwerer, weil wir dafür natürlich keine Abstriche an unseren Inhalten machen dürfen.

Insbesondere die bevorstehende strategische Debatte über das Auftreten der LINKEN zu den Europawahlen stellt insbesondere an unsere VerantwortungsträgerInnen höchste Ansprüche. Dazu gehört unter anderem, dass wir uns um eine Art und Weise der Debatte bemühen, in der der Austausch von Argumenten nicht zu persönlicher Anklage und Verteidigung verkommt. Und, auch wenn das manchen sicher weh tut, nicht als Mittel für einen innerparteilichen Machtkampf missbraucht wird.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie komme ich auf den eben genannten Gedanken?

Das ist ganz einfach, denn selbst so etwas, wie die Auswertung der Bundestagswahlen wird als Mittel für innerparteiliche Auseinandersetzungen missbraucht.

Etwas Dümmeres kann man nicht machen.

Wenn wir jetzt beginnen, vorzurechnen, wer wo mehr verloren hat und wer wo weniger, dann verlieren wir unsere Aufgaben und den Sinn und Zweck, warum wir überhaupt Politik machen, aus dem Auge.

Klar, wir Sachsen könnten uns hinstellen und sagen: bei uns sind die Verluste, von Berlin abgesehen, am geringsten.

Wir könnten sagen: Wir sind am nächsten an unsere Zielvorstellungen herangekommen – und all das und nichts anderes ist auch richtig.

Und dann könnten wir innerhalb des Landesverbandes dasselbe machen – aber, liebe Genossinnen und Genossen, wer sich auf diesen Weg begibt, läuft in eine Sackgasse. Denn vor allem eines haben diese Bundestagswahlen gezeigt: DIE LINKE wird nur als gesamtdeutsche Partei erfolgreich sein oder sie wird in der Bedeutungslosigkeit versinken! Eines der wichtigsten Signale ist doch, dass wir außer in zwei Bundesländern überall mehr als 5 % haben! Denn so willkürlich und falsch die 5%-Hürde auch sein mag – solange diese existiert, ist sie eine Grenzmarke der öffentlichen Wahrnehmung.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist mir kurz gesagt wurscht, ob in Nordrhein-Westfalen 25% der Stimmen verloren wurde und in Sachsen 15% und in Berlin nur 5%!

Denn wir, DIE LINKE, haben bewiesen, dass wir nun schon zum dritten Mal ganz deutlich oberhalb der 5% deutschlandweit gewinnen können.

Wir haben bewiesen, dass wir nicht nur unter den Bedingungen einer regierenden SPD, sondern auch einer oppositionellen SPD erfolgreich sein können – das ist ein ganz wesentlicher Punkt.

Wir haben bewiesen, dass wir zum wiederholten Male alle Abgesänge und Tot-Rednerien überstehen und damit auch alle Strategien, die darauf setzen.

Diese Botschaft möchte ich insbesondere in Richtung SPD setzen:

Nach einem Vierteljahrhundert sollten insbesondere verantwortungsvolle Sozialdemokraten begriffen haben,

dass wir, DIE LINKE,

wir, die ehemalige Linkspartei,

also wir, die ehemalige PDS und

damit auch wir, die ehemalige SED

nicht von der politischen Landkarte verschwinden werden.

Das ist so, weil wir die Vision einer anderen, besseren Gesellschaft immer mit tagesaktueller Interessenvertretung verbinden.

Weil wir also auch unter widrigsten Bedingungen wirksam sozialistische Politik machen!

Liebe Genossinnen und Genossen,

und damit komme ich zum letzten Teil meiner heutigen Rede, nämlich den Ausblick auf die Landtagswahlen im nächsten Jahr und meine Vorschläge für unser strategisches Vorgehen.

Ich habe mir dazu 12 Punkte notiert:

1. Wir werben um unsere eigenen politischen Botschaften.

Die Menschen sollen in erster Linie erfahren, was unsere Vorstellungen für ein besseres Leben sind. Erfahrungen in Sachsen zeigen, dass mit Negative-Campaigning keine Meinungsführerschaft zu gewinnen ist.

2. Wir argumentieren nicht für die Abwahl der CDU, sondern für die Wahl ihres sächsischen Gegenpols – DIE LINKE.

Eine Mehrheit der Menschen, die voraussichtlich nächstes Jahr wählen gehen, haben schon mal CDU gewählt bzw. können sich vorstellen, dies zu tun. Dafür haben sie aus ihrer Sicht gute Gründe, die man nicht damit aus der Welt schafft, dass man den Leuten suggeriert, sie seien bisher zu dumm gewesen, erkennen zu können, dass sie das Falsche wählen. Menschen haben Angst vor dem Ungewissen. Darum wird es unsere Aufgabe sein, ihnen ihre Sorgen zu nehmen und ihnen – glaubwürdig und nachvollziehbar – zu vermitteln, dass es mit uns in der Regierung nicht schlechter, sondern vieles besser werden wird.

3. DIE LINKE. ist die politische Sozialversicherung im Landtag.

Ohne uns werden soziale Themen nur als Randthemen behandelt.

Wir haben sozialen Visionen entwickelt.

Wir sind das Original.

Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit – ohne Wenn und Aber.

4. DIE LINKE ist anders – der Wahlkampf wird zur Entdeckungsreise.

Wir können mehr als nur umverteilen, wir können mehr als das, was oft genug über uns gesagt oder geschrieben wird.

Wir treten für eine starke mittelständische Wirtschaft ein und pflegen einen guten Draht zu Handwerksbetrieben der Region.

Und: Wir können mit Geld verantwortungsbewusst umgehen. Seit dem Jahr 2000 gehen unser Haushaltsforderungen im Sächsischen Landtag nicht über das vorgegebene Gesamtvolumen hinaus. Wir nennen es Alternativer Haushalt.

Wir sind die eigentliche Partei der Freiheit, denn wir wollen, dass alle Menschen in ihrem Leben die gleichen Chancen haben sollen und dass sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Nicht, wo wir herkommen soll in Zukunft wichtig sein, sondern wer wir selbst sind. Darum unterstützen wir den Ausbau staatlicher Schulen, streiten aber auch vorm sächsischen Verfassungsgericht für die Gleichberechtigung Freier Schulen.

5. DIE LINKE ist freundlich – wir mögen Menschen.

Deshalb spielen wir nicht den Oberlehrer und tun so, als gäbe es das ideale Leben. Das unterscheidet uns von der gesamten politischen Konkurrenz.

Wir glauben auch nicht, dass Menschen durch Verbote und Strafen besser werden. Eher durch Versuch und Irrtum.

Wir haben nicht immer alles schon (besser) gewusst, sondern sind gemeinsam mit der Bevölkerung auf dem Weg in das Sachsen von morgen. In dem Land, das uns gefällt, darf man scheitern – und neu anfangen. – Wir brauchen Bilder, die diese „Weltanschauung“ mit viel Situationskomik auf den Punkt bringen.

6. Wir sind der Motor des politischen Wechsels in Sachsen.

Uns geht es nicht um uns selbst – wir sind nicht scharf drauf, den Ministerpräsidenten zu stellen oder uns von der CDU mit einem Teil ihrer Macht versorgen zu lassen.

Wir lassen nicht das Allgemeinwohl von Konzernen oder mächtigen Institutionen definieren.

DIE LINKE ist die unabhängige Kraft für ein soziales, freizügiges Sachsen! Weil wir gesellig und realistisch sind, versuchen wir den Politikwechsel nicht alleine, sondern wir sind bereit mit anderen zum gemeinsamen Handeln – auf der Ebene der Parteipolitik zuerst mit SPD und GRÜNE.

Wir maßen uns aber nicht an, andere zu ihrem Glück zwingen zu wollen – wenn die Parteiführungen nicht mutig genug sind, müssen eben die Wähler/innen nachhelfen.

7. Sachsen ist revolutionär.

Die erste Sozialversicherung der Welt war made in Saxony.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit – eine Idee aus Sachsen.

Arbeiterbewegung in Deutschland für die Rechte der Beschäftigten – Sachsen haben damit angefangen.

Übrigens auch mit der Interessenvertretung der Mieter.

Die ersten Schrebergärten als Erholungsraum für Familien fand man – natürlich in Sachsen.

Wir sind eines der Mutterländer des Bergbaus und der Industrialisierung. In Sachsen wurde der erste FCKW-freie Kühlschrank der Welt produziert, hier liegt heute eine der Modellregionen der Elektromobilität.

Sachsen ist traditionell revolutionär – und die Sachsen sind friedliche Revolutionäre, wie sie auch im Herbst 1989 unter Beweis gestellt haben.

Sächsisch heißt nicht strukturkonservativ, wie die amtierende Staatsregierung, die nur auf alte Wahrheiten setzt und sich nichts Neues traut. Wie sächsisch geht und abgeht, wissen nur die, die vor weiteren sächsischen Revolutionen keine Angst haben – und das – sind wir!

8. Wir wollen einen ständigen „Dialog für Sachsen“.

Politik in Sachsen darf nicht länger langweilig sein! Wir wollen eine im Wortsinne sächsische Staatsregierung haben, die so interessant ist wie die Sachsen selbst. Eine Staatskanzlei, deren „Ausstrahlung“ einem Schlafwagen entspricht, passt nicht zu diesem Land. Das Interesse für Politik darf nicht nur einmal im Jahr zum Tag der offenen Tür scheinbar gedeckt werden, sondern braucht 365 Tage im Jahr Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern. Es reicht nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger Sachsens alle fünf Jahre wählen können. Wir wollen eine beständige Debatte. Eine Staatsregierung, an der wir beteiligt wären, hätte nicht das Interesse, die Wählerinnen und Wähler nur ruhig zu stellen, indem sie versichert, ihnen die Verantwortung abzunehmen und alles schon richtig zu machen.

Wir wollen wache, kritische Bürgerinnen und Bürger!

Wir wollen besonders das altmodische Verständnis von Obrigkeit und Untertanen beenden.

Wir verstehen uns als Gleiche unter Gleichen!

9. Sachsen – unser Zuhause für alle, die hier leben – der Wohlfühl-Plan.

Wir haben einen Plan für dieses schöne Land: Dass sich seine Bewohner/innen hier wohlfühlen können. Alle unsere Leitlinien sind darauf abgestimmt, Rahmenbedingungen für ein möglichst angstfreies, sozial verwurzelt und individuell schöpferisches Leben zu schaffen. In diesem Sinne müssen die „Wohlfühl-Faktoren“ in den verschiedenen Leitlinien herausgestellt werden, sodass die Leute zu Recht sagen können: Wenn das geschieht, geht es mir besser / fühle ich mich besser.

10. Sicher sein und klug werden!

Das wollen wir doch alle. Wie gut, dass das Land die Hoheit über die beiden strategischen Berufsgruppen der Lehrer/innen und Polizist/inn/en hat. Vor dem Hintergrund, dass die amtierende Staatsregierung für Lehrermangel und Personalabbau bei der Polizei steht, ist DIE LINKE glaubhafter Vertreter des Öffentlichen. Das Vorurteil unserer vermeintlichen Staatsfixiertheit wendet sich bei den Schlüsselthemen öffentliche Sicherheit und Bildung für alle zum Guten:

Wem, wenn nicht uns, wird zugetraut, genug Mittel für ausreichend Lehrer/innen und Polizist/inn/en zur Verfügung zu stellen?

11. Europa schmeckt und macht Spaß – Sachsen haben keine Angst.

Ob Euro oder nicht – die Menschen aus Sachsen, Tschechien und Polen kommen mit drei verschiedenen Währungen gut klar und machen gemeinsame Sache – in Gasthöfen, Freizeitbädern, Einkaufszentren oder beim grenzüberschreitenden Wandern und Radfahren. DIE LINKE steht für eine solidarische Marktwirtschaft in regionalen Wirtschaftsräumen. Bei der Landtagswahl stimmen wir nicht über die Euro-Politik ab, sondern über das praktische Miteinander, zu dem auch polnische Ärzte und tschechische Auszubildende gehören.

12. Eine Kommune ist für uns der Ort wo man leben, lieben und arbeiten will.

Wo man geboren wird, darauf hat man keinen Einfluss, wo man leben will schon. Städte und Gemeinden sind ein Ort, wo Menschen sich zuerst begegnen. Hier braucht es Raum für Entfaltungsmöglichkeiten, braucht es Möglichkeiten für Entwicklungschancen, braucht es Chancen zum Ausprobieren. Dafür brauchen die Bürger/innen und ihre Kommunalpolitiker/innen mehr Freiheiten – wir sind dazu bereit, sie ihnen zu geben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

das sind meine Vorschläge für unsere Wahlkampf- und Kommunikationsstrategie zu den Landtagswahlen 2014 und ihr habt gehört ich habe auch die Europa- und Kommunalwahlen mit berücksichtigt.

Also lasst uns gemeinsam einen Wahlkampf bestreiten, der deutlich macht wir haben Lust auf dieses Land.

Wir wollen dieses Land verändern und gestalten und

wir sind bereit noch mehr Verantwortung zu übernehmen als bisher.

Ich persönlich bin dazu bereit.

Glück auf!